



**arbeitsgemeinschaft
der umweltbeauftragten
der evangelischen kirche
in deutschland**

Sprecher agu, Kirchenstr. 8, 25821 Breklum

Sprecher

Dr. Thomas Schaack
Kirchenstr. 8
25821 Breklum
Tel.: 0 46 71 / 9112-62
Fax: 0 46.71 / 2584
E-Mail: schaack@umweltpastor.de

26.10.2011

Kirchliche Umweltbeauftragte sprechen sich für neue Endlagersuche aus

Auf ihrer Tagung vom 24. bis 26. Oktober 2011 in Jülich hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der EKD (AGU) mit der erneuten Energiewende der Bundesregierung befasst.

Die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der EKD (AGU) begrüßt den nunmehr erreichten Konsens, bis spätestens zum Jahre 2022 alle für die Energiegewinnung genutzten Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten und vom Netz zu nehmen. Es sollte jedoch intensiv geprüft werden, ob nicht doch ein früherer Ausstieg realisiert werden kann, der nach vorliegenden wissenschaftlichen Gutachten möglich wäre.

Mit dem neuen Ausstiegs-Beschluss ist zwar ein wichtiger Schritt zur Beendigung der Nutzung der Kernenergie vollzogen worden, jedoch bedarf es jetzt dringend der Klärung, wo und wie die radioaktiven Abfälle sicher endgelagert werden können. Im Beschluss der EKD-Synode vom November 2010 heißt es hierzu: „Das Problem der Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle ist weltweit noch immer ungeklärt ... Insbesondere das vom Einsturz bedrohte Atom Mülllager im Salzbergwerk Asse II dokumentiert auf beunruhigende Weise die Unsicherheit vermeintlich sicherer Lagerstätten.“

Die AGU erwartet, dass die Bundesregierung, wie von ihr angekündigt, bis zum Jahresende ein Gesetz verabschiedet, das neue Optionen für die Endlagersuche eröffnet, und nicht an der Erkundung des niedersächsischen Salzstocks Gorleben fest hält. Damit käme sie der Empfehlung des „Arbeitskreises Endlager“ (Ak End) von 2002 nach.

Damit steht die Politik weiter vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Sie muss sich von der misslungenen Geschichte der Suche nach einem Endlager in den letzten 30 Jahren verabschieden und nach einem neuen, qualitativ verbesserten Verfahren suchen. Die politische Situation ist im Herbst 2011 dafür so günstig wie seit acht Jahren nicht mehr. Die Wiederaufnahme der Erkundung in Gorleben war ein ebenso falscher Schritt wie die Laufzeitverlängerung. Letztere ist mittlerweile Geschichte; die Politik sollte nun die Kraft haben, auch die alleinige Fokussierung auf Gorleben zurückzunehmen.

...

Vorstand

Pastor Dr. Thomas Schaack
Sprecher u. Geschäftsführer

Dr. rer. nat. Gudrun Kordecki

Reinhard Benhöfer
Geschäftsführer

Der aus Baden-Württemberg neu in die Debatte gebrachte Plan einer Voruntersuchung von vier bis fünf Standorten, ergebnisoffen und unter Partizipation der betroffenen Bevölkerung, sollte in den nächsten Jahren realisiert werden. Ob Gorleben als einer dieser Standorte dann weiter mit betrachtet werden sollte, muss hinterfragt werden. Die quälende Geschichte der Auseinandersetzungen, die diese Region seit nunmehr über 30 Jahren belastet, könnte ein hinreichender Grund dafür sein, Gorleben nicht mehr mit einzubeziehen. Diese Entscheidung sollte aber vor allem von den in der Region lebenden Menschen getroffen werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt sollte keine weitere Einlagerung von Atommüll in Gorleben vorgenommen werden. Ein erster wichtiger Schritt wäre der Verzicht auf den für November 2011 nach Gorleben geplante Castor-Transport. Dieser sollte verschoben werden, bis Zwischenlager bei Kernkraftwerken die geplanten Transporte aufnehmen können. Diese Maßnahme würde ein Zeichen gegen eine weitere Vorwegnahme des Standortes Gorleben setzen. Dies gilt umso mehr, da es derzeit sehr unklare Meldungen über die Strahlenbelastung durch die in Gorleben lagernden Castor-Behälter gibt, deren Widersprüche dringend aufgeklärt werden müssen.